

:StandPunkt! Mehdorn überschreitet den Rubikon

Mit seinem Brief an die Kanzlerin, in dem er seinem Ansinnen Ausdruck verleiht, die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes zur politischen Disposition zu stellen, verlässt der Bahn-Chef unwiderruflich den sicheren Boden der Legalität. Wollte Merkel ihm darin folgen, verließ auch sie den Boden der Rechtsstaatlichkeit und hätte eine Situation politisch zu verantworten, die eine gefährliche Nähe zum Art. 20 Abs. 4 GG aufweist.

:StandPunkt!



von Thomas Meese

Als Gaius Julius Cäsar im römischen Bürgerkrieg am 10. Januar 49 v. Chr. mit seinen Truppen den Grenzfluss Rubikon überquerte, wusste jeder, dass dies eine Kriegserklärung gegen Rom war, ohnedass es noch einer formalen Note bedurft hätte.

Wenn Mehdorn in seinem Brief an die Kanzlerin fordert [1], die Politik müsse einen "Ordnungsrahmen für eine sinnvolle Entwicklung des Arbeitsrechts schaffen" und für den Fall, dass dies nicht geschieht, staatstragend befürchtet: "Im Ergebnis könnte die in Deutschland seit Jahrzehnten bewährte Sozialpartnerschaft und damit ein bedeutender

gegen den Arbeitszwang im gegenwärtigen Deutschland !

Standortvorteil Schaden nehmen“, dann ist dies die **unverhohlene Kriegserklärung an die organisierte deutsche Arbeiterschaft**.

Die *"bewährte Sozialpartnerschaft"*, von der Mehdorn spricht, ist in Deutschland von Unternehmerseite und mit tatkräftiger Unterstützung der SPD, der Union und der Grünen aufgekündigt worden. Sie war - solange sie währte - den Kapitalinteressen in der Tat von großem Nutzen, insofern im internationalen Vergleich in kaum einem Land weniger gestreikt worden ist, als in Deutschland [vgl.: 2].

Diese *Quit-pro-quo*-Situation ("ich gebe, damit du gibst") ist nach dem neoliberalen Rollback in Deutschland nicht mehr gegeben. Bei **realen Einkommensverlusten für abhängige Arbeit** [vgl.: 3] auf der einen und konstant steigenden Einkommen aus Unternehmen und Vermögen auf der anderen Seite wird niemand mehr von "Sozialpartnerschaft" reden können. Dass kleine Gewerkschaften darauf schneller reagieren würden, als die großen - und zumal politisch verfilzten - DGB-Gewerkschaften, ist eine organisationstheoretische Binsenweisheit.

Mehdorn will nun die Politik in die Pflicht nehmen, nicht nur drastisch in die Tarifautonomie ein zu greifen, sondern die verbliebenen Regulationsmechanismen zwischen den Interessen von Arbeit und Kapital nachhaltig zu stören. Eine kleine Gewerkschaft, die, wie aktuell die GDL, mit der Interessenvertretung Ernst macht, soll verboten werden, während die **Attentisten** á la DGB-Sommer und ver.di-Bsirske solange weiter machen dürfen, wie sie **zu Tariflöhnen von 3,82 Euro/Stunde die Hand reichen** [vgl.: 4].

Die **Kanzlerin** hat - vom Standpunkt der Legalität betrachtet - überhaupt nur eine Möglichkeit zu regieren: Sie **muss Mehdorns' Ansinnen, die Tarifautonomie zu politischen Disposition zu stellen, öffentlich, entschieden und vollständig zurück weisen**. Dies wäre eigentlich eine Selbstverständlichkeit, von der wir jedoch nicht selbstverständlich ausgehen können, weil die Kanzlerin der Wirtschaft mehr als einmal die Vasallentreue erwiesen_hat [vgl.: 5].

Die Bahn kann - das allein wäre in dieser Situation legal - eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe anstrengen, wie es Bahn-Personalvorstand Margret Suckale bereits am Freitag nach

gegen den Arbeitszwang im gegenwärtigen Deutschland !

dem Urteil des LAG Sachsen erwogen hatte [vgl.: 6]. Alles darüber hinaus heraufbeschwört eine politisch schwer kontrollierbare Situation und erzeugt eine gefährliche Nähe zum Art. 20 Abs. 4 des Grundgesetzes. Jede/r sollte wissen, dass **Belange von weitaus größerer Reichweite als die des Tarifstreits GDL-Bahn berührt** sind.

[1] http://www.focus.de/finanzen/news/tarifstreit_aid_137979.html

[2] <http://doku.iab.de/kurzber/2005/kb1305.pdf>

[3] <http://jjahnke.net/unsoz.html>

[4] <http://www.jjahnke.net/rundbr23.html#tarif>

[5] <http://www.forced-labour.de/archives/100>

[6] http://www.focus.de/finanzen/news/streikurteil_aid_137937.html

copyleft 2007-11-05 | redaktion@forced-labour.de

Lesen Sie auch die folgenden weiteren Beiträge zum GDL-Arbeitskampf :

GDL-Arbeitskampf: Werktätige schaut auf diese Gewerkschaft !

---> <http://www.forced-labour.de/archives/477>

GDL-Streik: Bahn-Vorstand tappt in von ihm selbst gestellte Falle

---> <http://www.forced-labour.de/archives/407>

:StandPunkt! Nürnberger Vergleich zum GDL-Streik - Wenn der Attentismus über das "Gebot der Stunde" siegt

---> <http://www.forced-labour.de/archives/359>

:StandPunkt! Beschluss des Nürnberger Arbeitsgerichts zum GDL-Streik - Ein Fall für den Normenanwendungsausschuss der ILO

---> <http://www.forced-labour.de/archives/358>

:StandPunkt! Beklemmende politische Enge - Zum Bahnstreik der GDL

---> <http://www.forced-labour.de/archives/309>

gegen den Arbeitszwang im gegenwärtigen Deutschland !